

Eltern schwerkranker Kinder vor finanziellem Ruin?

Druck der Kassen wächst: Familie von Frühgeborenem soll Pflegedienst wechseln und Teil selbst zahlen

Von unserem Redaktionsmitglied
Elvira Weisenburger

Karlsruhe/Heidelberg. Als winziges Bündel Mensch kam Lena zur Welt: 670 Gramm leicht, 30 Zentimeter klein – und 16 Wochen zu früh geboren. Seit jenem Tag im Mai 2003 leben die Eltern Andrea und Uwe Böhm (Namen geändert) in ständiger Angst um das Leben ihrer kleinen Tochter. „Fast sieben Monate lag Lena im Krankenhaus“, erzählt die Mutter, „seit sie im Dezember nach Hause kam, mussten wir mehrfach mit dem Notarzt in die Klinik rasen.“ Die Frühchen-Lunge überstand mehrere Infektionen, der Kehlkopf von Lena ist unterentwickelt. Das Baby muss mit Luftröhrenschnitt, Beatmungskanüle und Magensonde leben – ein Pflegefall rund um die Uhr.

Dass sich das Mädchen trotzdem zu einem fröhlichen 6,3-Kilo-Baby entwickelt hat, lässt die Eltern aus dem Raum Heidelberg hoffen – doch jetzt plagt die Böhms eine neue existenzielle Sorge: die vor dem finanziellen Ruin. Denn die Krankenkasse weigert sich, die hohen Pflegedienstkosten von derzeit rund 19 000 Euro im Monat voll zu übernehmen. Im schlimmsten Fall könnten knapp 6 000 Euro monatlich an der Familie hängen bleiben. „Das Geld können wir unmöglich aufbringen“, sagt die ratlose Mutter. Ein Einzelfall ist das Problem der Böhms nicht: In Zeiten von Gesundheitsreform und Geldnot häufen sich ähnliche Berichte aus der ganzen Republik.

„Während sich Kliniken damit rühmen, dass sie selbst Frühgeborene mit 500 Gramm herüber retten, werden die Eltern pflegebedürftiger Kindern von den Krankenkassen mürbe gemacht“, sagt Elisabeth von Ginsheim, Chefin des Karlsruher Fachpflegedienstes Sanitas, der auch das Baby der Böhms betreut. „Es war schon immer hart, um die Pflegeleistungen für Kinder zu verhandeln – aber zurzeit erleben wir die totale Zuspitzung.“ Bei den Fachkräften geht die Angst vor Billigpflegediensten um, die mit Dumpingpreisen und mit Hilfe unterschiedlicher Kassen auf den Markt drängen. Mit diesem Problem befasst sich mittlerweile auch die SPD-Landtagsabgeordnete Christine Rudolf.

„Mir sind Fälle aus dem Raum Stuttgart bekannt, in denen Pflegedienste um ein Drittel unter den üblichen Kosten arbeiten wollen“, berichtet die Politikerin, „das kann mit Fach-



EIN LEBEN AN APPARATEN UND SCHLÄUCHEN: Nathalie ist auf die Hilfe von Pflegefachkräften wie Schwester Ilse (links) angewiesen – sonst käme Mutter Sylvia (Mitte) nicht einmal zum Schlafen. Die Kassen stellen solche Hilfen immer häufiger infrage. Foto: Artis

kräften eigentlich nicht funktionieren.“ In Berlin, Wuppertal und bei München haben solche bundesweit operierenden Billiganbieter ihre Firmensitze. Einige stehen im Ruf, mit Pflegekräften aus Osteuropa zu arbeiten. 7,57 Euro Grundstundenlohn für die Schwester – die stehen im Arbeitsvertrag eines Berliner Billiganbieters, der den BNN vorliegt.

Zunehmend drängen Kassen auf die Verpflichtung solcher Firmen. Auch im Fall der kleinen Lena Böhm pocht die Krankenversicherung auf niedrigere Stundensätze als die momentan veranschlagten 38,50 Euro. „Man hat uns gesagt, wenn wir nicht zu einem billigeren Pflegedienst wechseln, müssen wir die Zusatzkosten tragen“, berichtet die junge Mutter. Außerdem stellt der Versicherer IKK die täglich 16 Pflegestunden in Frage, die Baby Lena verordnet bekam – maximal zwölf Stun-

den täglich will die Kasse zahlen. Die Sprecherin der IKK Baden-Württemberg, Claudia Bokelow, verweist darauf, dass die Pflegeversicherung weitere Stunden übernehmen werde. Allerdings zahlt die Pflegekasse einen Höchstbetrag von rund 1 400 Euro im Monat. „Wenn die Eltern den Rest nicht leisten können, kommt ein anderer Kostenträger wie das Sozialamt dafür auf“, sagt Bokelow. Die Eltern tröstet das nicht: „Das Sozialamt springt erst ein, wenn man seine Ersparnisse aufgebraucht hat und vom Gehalt nur noch der Sozialhilfesatz übrig ist.“

Den Böhms geht es aber bei weitem nicht nur um Geld. Zu den jetzigen Pflegeschwestern, die auch nachts über Lena wachen, damit die Eltern überhaupt zum Schlafen kommen, haben sie Vertrauen – ein Wechsel zu einem unbekanntem Anbieter macht ihnen schlicht

Angst. „Wenn sich das Kind die Kanüle zieht, kann es innerhalb von zwei Minuten tot sein“, betont die Mutter. Ängste, die Sylwia Zimny (33) aus Karlsruhe allzu gut verstehen kann. Ihre Tochter Nathalie (10) ist schwerbehindert, seit sie als Dreijährige einen Unfall hatte. Das Kinderzimmer erinnert eher an eine Klinik: Unter Barbie-Postern stehen Sauerstoffgeräte und Überwachungsmonitore. Nathalie hängt an Schläuchen, bekommt nur Flüssignahrung. Fachpflegerinnen mit intensivmedizinischer Erfahrung begleiten sie 16 Stunden am Tag – in der Schule, auf Spazierfahrten im Rollstuhl, in der Nacht.

„Nathalie schluckt nicht und hustet nicht ab“, erklärt Schwester Ilse, die oft Nachtschicht am Bett von Nathalie schiebt, „wenn der Schleim nicht immer wieder abgesaugt wird, droht der Sauerstoffgehalt stark abzufallen.“

Die Mutter Sylwia Zimny hat einen langen Kampf um die Pflegekosten bereits hinter sich. „Fast vier Jahre lang lag Nathalie im Krankenhaus“, erzählt die Mutter. „Danach wollte die Krankenkasse, dass wir sie ins Pflegeheim geben, weil das angeblich billiger wäre als die Betreuung zu Hause – aber ich kann mein Kind doch nicht abschieben!“

Trotz ihrer Behinderung nimmt Nathalie heute am Familienleben teil. Sie spricht, wenn auch unendlich. Sie lacht, weint, spielt, drückt ihrer Mutter und Schwester Ilse oft unvermittelt einen Kuss auf die Wange. Um dem Mädchen diese Art der Normalität zu ermöglichen, muss der Karlsruher Pflegedienst rechnerisch 4,8 Planstellen besetzen – aufgrund von Schichtdiensten und Urlaub. Die AOK kommt derzeit noch für die vollen Kosten auf. Als erste Kasse in Baden-Württemberg hat sie vor drei Jahren Kostenpauschalen für schwer pflegebedürftige Kinder vereinbart.

Die SPD-Abgeordnete Christine Rudolf – selbst Mutter eines Frühgeborenen – hat damals die Verträge mit ausgehandelt. Sie würde gerne alle Krankenkassen an einen Tisch holen, um die Problematik der Kinder zu regeln. Dass die Kassen künftig noch häufiger den immensen Spardruck an Eltern wie die Böhms weitergeben, ist ihrer Meinung nach klar absehbar: „Die Zahl der Pflegefälle bei Kindern wird weiter zunehmen – schon allein durch die Entwicklung in der Frühchenmedizin“, prophezeit die SPD-Abgeordnete